**Bezugs-Preis**
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

**Redaction und Expedition:**
Johannesgasse 8.

Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

**Filialen:**
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

**Morgen-Ausgabe.**

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

**Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.**

**Anzeigen-Preis**
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

**Annahmeschluß für Anzeigen:**
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 123. Freitag den 9. März 1894. 88. Jahrgang.

## Amtliche Bekanntmachungen.

### III. Städtische Fortbildungsschule.
(L.-Reudnitz, Marschallstraße 2.)

Die Ausstellung der Zeichnungen und der schriftlichen Arbeiten der Schüler ist von Freitag, den 9., bis mit Montag, den 12. März, Vormittags 10—1 und Nachmittags 4—8 Uhr geöffnet.

Zum Besuche derselben ladet im Namen des Lehrercollegiums ergebenst ein

Leipzig, den 9. März 1894. Director Scharf.

### Die städtische Sparcasse
beleiht Werthpapiere unter günstigen Bedingungen.

Leipzig, den 10. Januar 1894.

Die Sparcassen-Deputation.

## Zum 9. März.

L. B. Wieder ist ein Jahr — das sechste — dahingegangen, seitdem Wilhelm I. die klaren, scharfen Augen zum ewigen Schlummer schloß. Wem immer der Todestag des ersten Hohenzollernkaisers in seiner ganzen Schicksalsschwere vor die Seele tritt, der fühlt aufs Neue den Zauber dieser greisen Gestalt, die immer ehrwürdiger wurde, zuletzt fast wie ein Wunder erschien. In solcher Erinnerung erneut sich der Schmerz um den Verlorenen, und es wiederholt die Klage der Gegenwart labyrinthisch irren Lauf. Denn auch heute noch ist es dem deutschen Volke nicht vergönnt, Kaiser Wilhelms mit gelassener Dankbarkeit zu gedenken, auch heute noch lastet allzuschwer die Sorge um die ungeschmälerte Erhaltung des Ueberkommenen auf der Nation, auch heute noch vermögen wir nicht so selbstbewußt, wie wir möchten und sollten, die Frage zu beantworten, ob wir bestehen können vor Wilhelm I. mit seinem gewaltigen Erfolgen.

Nicht die Gunst des Glückes hat dem Dahingeschiedenen diese Erfolge in den Schooß geworfen: seinem Charakter dankt er sie. Besaß er doch jene Tugend, die wir mit Gustav Freytag als die höchste an einem vollendeten Fürstenleben rühmen, die Gabe nämlich, bis an das Ende seines Tage sich richtige Selbsterkenntniß, maßvollen Sinn und die bereitwillige Anerkennung fremden Werthes zu bewahren. Das ist der Grund, auf dem er baute, das sind die Eigenschaften, die ihn, den Bauherrn, befähigten, die Bauleiter, die er berufen, auf ihren Plätzen gegen alle offenen und geheimen Widersacher mit felsenfester Treue zu erhalten.

Daß aber Wilhelm I., der Gehaßte des Jahres 1848 und der Vergötterte des Jahres 1888, vor Selbstüberschätzung sich bewahrte, ist, ganz abgesehen von seinem persönlichen Schicksal, schon um deswillen ein hohes Verdienst, weil gerade deutsche Fürsten mehr als ausländische Gefahr laufen, den richtigen Maßstab für die Beurtheilung des eigenen Werthes zu verlieren. Einer der besten Kenner deutschen Volksthums, Gustav Freytag, läßt seine Schrift „Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone" in eine Betrachtung über diesen Gedanken ausklingen. Er schreibt:

„Das deutsche Treugefühl, die holde Tugend der Germanen, ist seit der Urzeit bis zur Gegenwart in unverminderter Stärke geschäftig, die Bilder der höchsten Herren unseres Volkes zu formen. Es gestaltet Millionen das Verhältniß zu ihrem Fürsten herzlich und anmuthig. Sogar dem gelehrten Geschichtschreiber schwebt es um den Arbeitstisch, mehrt die Freude an der Arbeit, hilft ihm Vergangenes denken und die überlieferten Züge werther Fürsten zu verständlichen Charakteren bilden. Wie groß seine Gewissenhaftigkeit, wie sicher sein Urtheil sei, die Zuneigung hebt ihm die Vorzüge der Helden, die seine Arbeit zu schildern hat, und mildert die Schatten, welche er, um wahr zu sein, von seinen Gebilden nicht fern halten darf. Aber wie jede Art von Herzenswärme birgt diese gemüthvolle Ergebenheit eine Gefahr, und es bedarf für den Deutschen der Wachsamkeit, damit er in der Hingabe nicht das ehrliche Urtheil verliere. Diese Gefahr bedroht den Fürsten wie das Volk, welches treu an ihm hängt. Wir sehen leicht, was wir finden wollen; jede Lebensäußerung des Herrn, der durch seine Stellung und Lebensaufgabe der Nation werth ist, erscheint bedeutsam und werthvoll, während sie an einem anderen unbeachtet bliebe; in gleichgiltige Worte wird ein besonderer Sinn gelegt, der gewöhnliche Scherz wird als geistvoll gerühmt, auch ein mattes Interesse des Helden, das in anderen Menschen für selbstverständlich gelten würde, wird gefeiert. Und wenn das Volk jahrelang seine Fürsten an solche Bewunderung gewöhnt hat, wie darf es Wunder nehmen, daß diese selbst eine große Meinung von dem erhalten, was sie reden und thun, auch wenn es nicht ungewöhnlich ist? Wenn die kleinste Beachtung, welche der Fürst einem Menschen gönnt, diesen erhebt und glücklich macht, so gehört für den Fürsten eine außerordentliche Bescheidenheit dazu, damit er nicht eine hohe Meinung von seiner Erhabenheit über Andere erhalte, und in diesem Sinne darf man sagen, die Nation verzieht unablässig ihre Gebieter, am meisten die, welche sie am meisten liebt."

Wilhelm I. hat auch durch das Uebermaß von Liebe, welches unser Volk ihm entgegenbrachte, sich nicht verziehen lassen. Seine bescheidene Größe ist zum Vorbild für die Nation, insonderheit für ihre Fürsten geworden; ihm werden die deutschen Fürsten um so eher nacheifern, je rückhaltloser das deutsche Volk den festen Willen bekundet, auch nicht vor der höchsten Erdenhoheit Nacken und Meinung gefügig zu beugen.

## Deutsches Reich.

ss. **Berlin**, 8. März. Inmitten schwerer Kämpfe und Wirren begeht morgen Deutschland den Sterbetag Wilhelm's I. Möge es ein Tag der Einkehr sein für uns Alle, die wir mehr und mehr Gefahr laufen, die höchste und nothwendigste Tugend eines Volkes einzubüßen: die Unterordnung unter die Staatsnothwendigkeit. Wie kein Anderer, hat der erste Kaiser diese Tugend geübt; sie war die Quelle seiner beglückenden Thaten, ihr danken wir es, daß das Reich werden und das gewordene erstarken konnte. Auf eigenes Urtheil hat der Geistesklare niemals verzichtet, aber jeder Zeit seinen Neigungen Schweigen auferlegt, um allein die Pflicht zu Worte kommen zu lassen. Wilhelm I. ging in seinem hohen Amte auf, unter seiner Regierung konnte deshalb kein Gegensatz zwischen dem wohlverstandenen Interesse der Krone und den persönlichen Eindrücken und Bestrebungen ihres Trägers entstehen. Durchdrungen von dem Gefühle eigener Verantwortlichkeit gegen Volk und Land, wie dieser Herrscher war, trug er auch der schweren Verantwortung der höchsten Staatsdiener Rechnung. Nimmer duldete er, daß sich zwischen sie und ihn Rathgeber drängten, deren Einflüsse des verfassungsmäßigen Bodens und der öffentlichen Controle entbehrten. So ward die Politik Wilhelm's I. allezeit vom Monarchen gelenkte Reichs- und Staatspolitik, niemals von den Staatsorganen getragene persönliche Politik des Herrschers. Dieses Zurückdrängen des eigenen Ichs in den Angelegenheiten des Vaterlandes, die Opferwilligkeit des edlen Kaisers muß den Einzelnen und den Parteien mehr, als in der Vergangenheit sich erkennen ließ, zum Vorbild dienen, wenn die Nation ihres unvergleichlichen Einigers würdig bleiben soll. Mit den Gefühlen der Bewunderung für sein Thun und der Trauer um seinen Verlust ist der Tribut der Dankbarkeit Wilhelm I. nicht voll gezollt. Deutschland schuldet dem entschlafenen Helden, was es von ihm genossen: Thaten, die Darbietung aller sittlichen und materiellen Mittel, welche die Erhaltung seines großen Erbes erheischt.

C. H. **Berlin**, 8. März. Nach dem großen Cigarrenarbeiterstreik in Hamburg beschlossen bekanntlich zahlreiche Cigarrenarbeiter, eine Genossenschaft ins Leben zu rufen. Es ist kein unbedeutendes Unternehmen geworden; in allen Städten sind Cigarrenläden, welche die Fabrikate der Genossenschaft führen. Für 1893 liegt uns der Geschäftsbericht derselben vor; es ist ein recht interessantes Actenstück. Zunächst interessiren uns die Löhne der Arbeiter. In allen socialdemokratischen Versammlungen haben die „Genossen" die bitterste Klage über die „Hungerlöhne" geführt, welche die Cigarrenfabrikanten zahlen. Auch der uns vorliegende Geschäftsbericht der Genossenschaft constatirt mit einer gewissen Wehmuth, daß stellenweis bedauerlicher Weise die Arbeiter die von großcapitalistischen Privatunternehmern bei „Hungerlöhnen" hergestellten Fabrikate den genossenschaftlichen vorziehen. Man sollte also annehmen, daß die nach socialdemokratischen Principien geleitete Genossenschaft gute Löhne zahle. Die Genossenschaft beschäftigt 161 Arbeiter. Es haben verdient die Cigarrenarbeiter in Hamburg durchschnittlich pro Tag 3,16 ℳ, die Cigarrenarbeiter der Filiale Eschwege pro Tag 2,23 ℳ, die Wickelmacher in Eschwege 1,07 ℳ. Die Zurichter erhielten an Lohn in Hamburg 10—13 ℳ, in Eschwege 7,50—8 ℳ für die Woche. Also die socialdemokratische Genossenschaft beschäftigt Wickelmacher, welche mit 6 ℳ 42 ₰ in der Woche auskommen müssen! Es ist kaum anzunehmen, daß in ganz Deutschland sich ein Fabrikant befindet, der seinen Arbeitern solche Hungerlöhne anzubieten wagt. In der ganzen socialdemokratischen Presse würde ein Hallob ob dieser Bourgeois-Frechheit entstehen. Die Zahl der Genossenschaften beträgt 1218; im vorigen Jahre waren es noch 1351; der Gesammtabsatz betrug im Berichtsjahr 6820 Mille Cigarren gegen 6180 im Vorjahre. 1893 ist ein Gewinn von 15 626,41 ℳ erzielt worden; daß er bei den Hungerlöhnen von 1,07 für den Tag nicht größer war, ist eigentlich wunderbar; vielleicht liegt es daran, daß die Verluste, welche die Genossenschaft durch frühere Verkaufsstellen-Inhaber erlitten hat, sehr groß gewesen sind.

ll **Berlin**, 8. März. Amtlichen Angaben zufolge haben die Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden im Jahre 1893 an Entschädigungen für Unfälle ungefähr 38,1 Millionen verausgabt. Die Renten, Heilungskosten und die sonstigen Ausgaben, welche man unter den Entschädigungen versteht, sind jedoch nicht die einzigen, welche die mit der Ausführung der Unfallversicherung betrauten Organe zu leisten haben. Die Gesammtausgaben für die Unfallversicherung auf das Jahr 1893 werden sich vielmehr noch bedeutend höher stellen. Die den Entschädigungen in der Höhe folgenden Ausgaben sind die Zuschläge zu den Reservefonds. Für die landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften gelten hierbei allerdings andere Vorschriften, als für die gewerblichen. Da auf die letzteren aber wieder der bei weitem größere Theil der Entschädigungen fallen wird, so wird man unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die gewerblichen Genossenschaften für das Jahr 1893 als Einlage in den Reservefonds 40 Proc. der Entschädigungen nach dem Gesetze zu erheben gezwungen sind, kaum fehlgehen, wenn man diese Ausgaben auf etwa 12 Millionen schätzt. Sodann sind noch die laufenden Verwaltungskosten und die Ausgaben der Unfalluntersuchungen, der Feststellung der Entschädigungen, sowie die Schiedsgerichts- und Verwaltungskosten in Betracht zu ziehen. Auf Grund der bisherigen Steigerung dieser Ausgaben wird man dieselben für das Jahr 1893 wohl auf etwa 9 Millionen veranschlagen können. Insgesammt würde sich danach auf das Jahr 1893 für die Unfallversicherung eine Ausgabe von nicht viel weniger als 60 Millionen Mark ergeben. Die Berufsgenossenschaften hatten mit dem Jahr 1893 das achte Volljahr ihrer Thätigkeit hinter sich. Im ersten derselben, im Jahre 1886, beliefen sich die Gesammtkosten, welche die Unfallversicherung hervorgerufen hatte, auf 10,5 Millionen. Diese haben sich also nahezu verfachfacht. In den acht Jahren ihres Bestehens hat die staatliche Unfallversicherung nahezu 300 Millionen Kosten verursacht. Diese Kosten sind bekanntlich von den Arbeitgebern allein bestritten.

△ **Berlin**, 7. März. Vom deutschen Verein für Knabenhandarbeit versammelte sich am 5. d. Mts. im Abgeordnetenhause der Vorstand und der Gesammtausschuß, um über den bevorstehenden XII. deutschen Congreß zu Danzig und Anderes zu verhandeln. Der Sitzung wohnten als Gäste bei die Abgg. Ehlers-Danzig und Conrad-Neurode. Ueber den Congreß berichtete der Vorsitzende, Abg. von Schenckendorff; es wurde als Zeitpunct die Tage vom 15. bis 17. Juni festgesetzt. Als Verhandlungsgegenstände sind für den Vereinstag in Aussicht genommen: 1) Wie kann der Arbeitsunterricht in den Lehrerseminaren eingeführt werden, und welche Erfahrungen liegen in Bezug hierauf bereits vor? 2) Wie läßt sich eine größere Schülerzahl gleichzeitig im Handfertigkeitsunterricht mit Nutzen unterweisen? Und für den Congreßtag am Sonntag, den 17. Juni: 3) Der deutsche Arbeitsunterricht in seiner volkserzieherischen Bedeutung. 4) Der Handfertigkeitsunterricht in seiner Anpassung an die ländlichen Verhältnisse. Als Ausstellungs-Commissare für den Congreß wurden ernannt die Lehrer Gärtig-Posen und Zühn-Danzig. Der Hauptetat des deutschen Vereins wurde auf Vortrag des Oberrealschuldirectors Roeggerath-Hirschberg mit 24 000 ℳ in Einnahme und Ausgabe genehmigt, ebenso der Etat seiner Lehrerbildungsanstalt in Leipzig mit 16 500 ℳ. Sodann berichteten über den durchgehends erfreulichen Stand der Bestrebungen: in den Rheinlanden Kreisschulinspector Dr. Brandenburg-Köln, in Westfalen Landesrath Schmedding-Münster, in der Provinz Posen Gärtig-Posen, in den Weberdistricten des Neurodter und Glatzer Kreises Kreisschulinspector Dr. Springer-Neurode, in Sachsen-Weimar Oberbürgermeister Pabst-Weimar und in Reuß ältere Linie Lehrer Kalb-Gera. Es folgte diesen Mittheilungen ein Austausch über die in diesen Gebieten gewonnenen Erfahrungen. Des Weiteren wurde über das seit dem Januar eingerichtete, für die Verbreitung in der Presse bestimmte Correspondenzblatt des deutschen Vereins verhandelt, das künftig in freier Folge, etwa 6 bis 8 Mal im Jahre, erscheinen soll. Als Organ für den deutschen Verein besteht bereits im 8. Jahre die monatlich erscheinende Zeitschrift „Blätter für Knabenhandarbeit", die von Oberlehrer Dr. Götze-Leipzig redigirt wird. In den Gesammtausschuß wurden zugewählt Oberbürgermeister Witting-Posen und Kaufmann Otto Münsterberg-Danzig.

* **Berlin**, 8. März. Zur Frage des Sonntagsunterrichts in den Fortbildungsschulen hat nunmehr auch der Verein zur Beförderung des Gewerbfleißes in den preußischen Staaten Stellung genommen. Auf Antrag des Technischen Ausschusses beschloß eine Versammlung des Vereins, „alle nur möglichen Schritte zu thun, um zu erreichen, daß der Sonntagsunterricht auf den Fortbildungsschulen auch nach dem 1. October d. J. des Vormittags ununterbrochen wie bisher ertheilt wird". In der Begründung des Beschlusses wurde ausgeführt, daß der Sonntagvormittag für den Fortbildungsunterricht nicht entbehrt werden könne und daß die Beseitigung dieses Unterrichts nicht nur die Tüchtigkeit der jungen Leute, sondern auch ihre sittliche Führung nachtheilig beeinflussen werde, da man kaum annehmen könne, daß man den freien Sonntagvormittag stets zum Kirchgang benutzen werde. Die Verlegung des Unterrichts auf den Sonntagnachmittag sei im Interesse der jungen Leute, die Verlegung auf einen Wochentag im Interesse der Gewerbtreibenden nicht empfehlenswerth. Der Beschluß des Vereins soll unverzüglich dem Reichstag zu Händen des Dr. Ofann, des ersten Unterzeichners der bekannten Interpellation, übersandt werden.

Y. **Berlin**, 8. März. (Telegramm.) Der Bundesrath überwies in seiner heutigen Sitzung die Vorlage, betreffend die zollfreie Ablassung von Bleiröhren bei Verwendung zur Ausrüstung von Seeschiffen, dem 3. und 4. Ausschuß und ertheilte dem Entwurfe eines Gesetzes wegen Verlängerung des bestehenden Handelsprovisoriums zwischen dem Reiche und Spanien die Zustimmung.

‡ **Berlin**, 8. März. (Telegramm.) Die nächste Sitzung der Silbercommission ist auf den 12. März anberaumt worden.

△ **Berlin**, 8. März. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus. Cultusetat. Abg. Hornsbroech bringt die Angelegenheit der Bonner katholischen Studentenverbindung zur Sprache, welcher der Rector Kamphausen die Existenzberechtigung abgesprochen habe, als sie sich an dem Kaisersgeburtstagscommers nicht betheiligen wollte, weil dabei ein Bismarcktoast ausgebracht werden sollte. Im Verlaufe einer längeren und lebhaften Debatte, wobei besonders die nationalliberalen Abgeordneten die Ansicht des Centrums über diese Angelegenheit bekämpfen, erklärt der Cultusminister, eine legale Existenz kann Niemand den katholischen Studentenverbindungen absprechen. Rector Kamphausen bestritt nur die innere Existenzberechtigung der Verbindungen katholischer Studenten aller Facultäten zur Vertretung religiöser Interessen. Der Rector hätte freilich besser gethan, sich auf die Genehmigung des Commerses zu beschränken, welchen die Verbindung für sich abhalten wollte. Andererseits ist der Ton unangemessen, welchen die Verbindung in der Eingabe gegen die Erklärung des Rectors gebrauchte; somit trat gewissermaßen eine Compensation ein. (!)

△ **Berlin**, 8. März. (Telegramm.) Das Herrenhaus nahm debattelos den Gesetzentwurf, betreffend die Geltung der deutschen Gerichtsverfassung in Helgoland an. Der Rechenschaftsbericht, betreffend die Consolidation preußischer Staatsanleihe wurde zur Kenntniß genommen. Der Gesetzentwurf, betreffend den Looshandel wurde debattelos genehmigt. Mehrere Petitionen wurden nach den Commissionsanträgen erledigt.

= **Berlin**, 8. März. (Telegramm.) Wie die „Kreuzzeitung" erfährt, ist der Entwurf, betreffend die Neuordnung des medicinischen Prüfungswesens, noch nicht fertig gestellt. Die Fertigstellung dürfte geraume Zeit erfordern.

= **Berlin**, 8. März. (Telegramm.) Der Kaiser wird heute Abend einem Diner bei dem Landwirthschaftsminister von Heyden beiwohnen.

⊙ **Berlin**, 8. März. (Telegramm.) Der „Militair-Politisch-Correspond." zufolge leidet die Kaiserin seit einiger Zeit an nervösem Husten, der namentlich durch die Strapazen der letzten Saison hervorgerufen sei. Das Leiden wäre unbedenklich und würde in Abbazia sicherlich gehoben werden.

— Im Monat Februar gingen bei der hiesigen Hauptcasse der socialdemokratischen Partei nur circa 4900 ℳ aus ganz Deutschland ein. Davon brachten die Genossen in Berlin 1900 ℳ, die in Hamburg 1000 ℳ auf. Weiter sandten der 4. sächsische Wahlkreis (Dresden) 300 ℳ, Gera und Hagen (Ueberschuß des Parteiorgans) je 100 ℳ und Hannover 500 ℳ.

* **Stolp**, 7. März. Ueber das Recht der Gymnasiallehrer, Pensionaire zu halten, ist hier nach dem „Corresp.-Bl. für die Präl.-Ver. Preußens" ein Streit entstanden. Der Magistrat hatte beschlossen, bei Anstellung von Oberlehrern diesen das Halten von Pensionairen, die das Gymnasium besuchen, zu untersagen, und schrieb dementsprechend einem neu angestellten Oberlehrer dieses Verbot in die Berufungsurkunde. Auf Verordnung des Provinzialschulcollegiums wurde das Verbot aus der Urkunde entfernt; der Magistrat aber wies den Gewählten in einem Begleitschreiben auf die von ihm eingegangene Verpflichtung hin, keine Pensionaire, die das Gymnasium besuchen, zu halten. Schon vor der Wahl hatte man diesen Lehrer einen Revers solchen Inhaltes unterschreiben lassen. Das Provinzialschulcollegium schritt abermals ein und wies den Magistrat an, die Bemerkung über die Pensionaire auch aus der Instellung zu streichen. Nicht der Magistrat, sondern das Provinzialschulcollegium oder der Minister hätten darüber zu erkennen, ob das Halten von Pensionairen durch Lehrer einzuschränken sei.

* **Kiel**, 8. März. (Privattelegramm.) Ein ungenannter Berliner spendete durch die Vermittlung des Kaisers 15 000 ℳ für die Hinterbliebenen der auf der „Brandenburg" Verunglückten. Die Sammlung beträgt jetzt annähernd 90 000 ℳ.

* **Oldenburg**, 7. März. Der Finanzausschuß des Landtags beantragt, den Gesetzentwurf, betreffend die Aufnahme einer Anleihe von rund zehn Millionen Mark durch Ausgabe von Consols, zu genehmigen.

* **Rudolstadt**, 7. März. Der Landtag beschloß, daß, falls das Jesuitengesetz im Reich aufgehoben wird, die Regierung ein Gesetz zum Zwecke des Verbots von Jesuitenniederlassungen im Fürstenthum einzubringen hat. Die Regierung hat diesem Beschluß zugestimmt.

* **Aus der Pfalz**, 7. März. Eine in Pirmasens abgehaltene Wählerversammlung stellte es dem Abgeordneten Adt frei, für oder gegen den russischen Handelsvertrag zu stimmen.

* **Straßburg i. E.**, 7. März. Der Landesausschuß votirte einen Credit von dreißigtausend Mark für einen Versuch zur Verbesserung des Rheinstromes unterhalb Straßburgs.

* **Ulm**, 7. März. Bei der heutigen Landtags-Ersatzwahl für die Stadt Ulm erhielten Commerzienrath Engel (gemäßigt freisinnig) 1397, Commerzienrath Mayer (Demokrat) 1445, Dietrich (Socialist) 364 Stimmen. Die Wahlbetheiligung war schwach. Eine Stichwahl ist nothwendig.

* **München**, 7. März. Die Abgeordnetenkammer begann die Einzelberathung des Cultusetats. Auf Anfrage Bellmar's wegen Zulassung der Frauen zu den bayrischen Universitäten erklärt der Minister, die Frage sei bei seinem Amtsantritt geprüft und verneint worden; seitdem habe er keinen Anlaß mehr gehabt, sich damit zu befassen.

## Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 8. März. (Telegramm.) Aus der gestrigen Berathung der Wahlreform beim Ministerpräsidenten verlautet Folgendes: Graf Hohenwart bezeichnete den Regierungsentwurf für durchaus unannehmbar, er erklärte sich gegen jede Vermehrung der Zahl der Abgeordneten und für die Rückkehr zur Wahl der Städte- und Landgemeindevertreter aus den Landtagen; ein Viertel der Abgeordneten solle durch allgemeines Wahlrecht gewählt werden. Dieser ungeheuerliche Vorschlag ist gänzlich aussichtslos und verfolgt vermuthlich den Zweck, jede Wahlreform unmöglich zu machen.

* **Prag**, 8. März. (Telegramm.) Die inhaftirten Omladinisten versuchten gestern eine Brandstiftung, indem sie einen lichterloh brennenden Besen aus dem Fenster in den Hof des Gerichtsgebäudes warfen. Der Brand wurde rechtzeitig entdeckt und konnte gelöscht werden. In der Verwirrung entkam ein zum Tode verurtheilter Doppelmörder, wurde jedoch bald in der Frauenabtheilung entdeckt.

* **Krakau**, 8. März. (Telegramm.) Die Feier des hundertjährigen Kosciuszko-Jubiläums wird erst am 31. März stattfinden. Die von Cardinal Dunajewski gestattete Messe im Freien ist von der Polizei verboten worden.

* **Abbazia**, 8. März. (Telegramm.) Bei dem prachtvollen Wetter ist der Fremdenzufluß enorm. Kein Zimmer ist mehr frei. In Folge dessen müssen die ankommenden Fremden in dem benachbarten Fiume Quartier nehmen. Im Auftrage des Kaisers Franz Joseph wird der Statthalter Rinaldini die Kaiserin empfangen.

## Frankreich.

* **Paris**, 7. März. Der heute vertheilte, von 76 Deputirten der äußersten Linken unterstützte Antrag auf Einführung der gemischten und progressiven Einkommen- und Capitalsteuer enthält folgende Hauptpuncte: Die Grund-, Miethzins-, Thür- und Fenster-, sowie die Gewerbesteuern werden abgeschafft. Capital und Einkommen werden in drei Classen eingetheilt und folgendermaßen besteuert: unfruchtbare Capitalien mit 3 Proc., passive Capitalien mit 2, active Capitalien mit 1, ausschließlich aus Capitalien herrührende Einkommen mit 3, aus dem Zusammenwirken von Capital und Arbeit herrührendes Einkommen mit 2, aus Arbeit allein erworbenes Einkommen mit 1 Proc. Einkommen bis 1000 Francs sind steuerfrei, Einkommen bis 2500 Francs werden mit 1 und von da an steigende Einkommen bis 10 Proc. für Einkommen von 100 000 Francs und darüber besteuert.

SLUB
Wir führen Wissen.